

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 183 (2017)
Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Cyber-Raum, zivil und militärisch

ZITiS (Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich), die «Forschungs- und Entwicklungsinstanz für technische Lösungen mit Cyber-Bezug» wurde im September durch den Bundesminister des Inneren Thomas de Maizière eröffnet. Die neue Fachstelle widmet sich gänzlich dem Cyber-Raum und agiert hauptsächlich entlang den Operationslinien «Massen-Telekommunikations-Überwachung», «Datenverschlüsselung», «Big Data» (Massendatenerfassung) und «digitale Forensik». Gemäss ihrem Präsidenten, Wilfried Karl, versteht sich ZITiS als unabhängiger Dienstleister der Sicherheitsbehörden in Deutschland. Dies wird in erster Linie damit erreicht, dass er das Cyber-Know-how im ganzen Land bündelt und damit mit seiner Organisation eine Schlüsselrolle innerhalb des gesamten Sicherheitssektors einnehmen kann. Allein im Aufbaujahr wurden 120 Stellen geschaffen, bis 2022 sollen weitere 300 folgen. Bemerkenswert ist, dass ZITiS eine polizei- und nachrichtendienstunabhängige Überwachungsagentur ohne Einbin-

dung und Kontrolle der bundesdeutschen Datenschutzbeauftragten ist. Das heisst, ZITiS wurde als selbstregulierende Behörde zwar dem Innenministerium unterstellt, jedoch ohne konkrete Anpassungen in der Gesetzgebung vorzunehmen. Insofern gibt es derzeit keine klaren rechtlichen Vorgaben, welche für diese neue Organisation gelten und dies, obschon ihr Auftrag stark von (in einem Rechtsstaat eigentlich klar geregelter) nachrichten- und geheimdienstlicher Arbeit geprägt ist. Kritiker sehen deshalb darin denn auch das eigentliche Gegenteil von dem, was erreicht werden soll. Die Hauptaufgabe von ZITiS sei, in Netzwerke einzudringen und Verschlüsselungen zu knacken, was nicht zum Schliessen, sondern gezielten Ausnützen von Sicherheitslücken führen könnte. Aber auch die Bundeswehr baut ihre Cyber-Abwehrfähigkeiten aus. Seit dem 1. April dieses Jahres ist der Bereich Cyber- und Informationsraum (CIR) als eigene Teilstreitkraft unter dem Namen «Kdo CIR» innerhalb der Bundeswehr operationell. Aktuell verfügt dieses Kommando über 13500 Soldaten und Zivilmitarbeiter und soll bis 2021 um weitere 2000 Personen aufge-

stockt werden. Um diesen Bestand mit besonders qualifizierten Personen erreichen und halten zu können, musste deshalb auch in die Bildungslandschaft eingegriffen werden. An der Bundeswehrhochschule in München wird ein Forschungs-



Werbung für digitale Berufe.

Bild: Bundeswehr

zentrum für Cyber-Sicherheit gebildet und gleichzeitig soll mit der Schaffung eines Cyber-Innovations-Hub eine «aktive Rolle im so genannten digitalen Startup-Ökosystem» eingenommen werden, so der Wortlaut in der deutschen Cyber-Sicherheitsstrategie. Dirk Feldhaus, Marketingverantwortlicher bei der Bundeswehr zeigt sich euphorisch und erklärt:

«Junge IT-Spezialisten können bei uns die Zukunft der Bundeswehr mitgestalten. IT-Fachkräfte bekommen die Möglichkeit, mit Technik zu arbeiten, wie es sie im zivilen Leben nicht gibt». Dafür wurden auch die Strukturen des Kommandos dem Zeitgeist angepasst. Da Cyber sich an keine nationalen Grenzen oder hierarchischen Gefüge hält, müssen auch neue Systeme und Ausrüstung diese Umstände berücksichtigen. Der Abteilungsleiter Cyber/Informationstechnik und somit Chief Information Officer (CIO) der Bundeswehr, Klaus Mühleck (vormals CIO von Thyssen-Krupp) meint, dass für (digitale) Neubeschaffungen ausschliesslich eine modulare Architektur vorgesehen werden darf. Denn Änderungen, Erkenntnisse oder grössere Upgrades können nicht implementiert werden, wenn die Gesamtleistung eines Systems zur selben Zeit auch im Einsatz benötigt wird. Mühleck weist dabei vor allem auf das Problemfeld der mobilen taktischen Kommunikation mittels Software Defined Radio (SDR) hin. Es ist geplant, in der Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren rund 90000 Fahrzeuge mit dieser Kommunikationstechnik auszurüsten.

Tschechien

Rüstungsgeschäfte kurz vor den Wahlen

Mit der Beendigung der russischen Herbstmanöver sah auch der tschechische Verteidigungsminister Martin Stropnický den richtigen Zeitpunkt für mehr Rüstungsgelder gekommen. Deshalb kündigte er per Ende September noch zeitgerecht vor den Wahlen im Oktober eine Budgetspritze von mehr als vier Mia. Euro für seine Streitkräfte an. Diese sollen damit bis 2026 modernisiert



Trotz Exportverbot, tschechische DANA in Aserbaidshans.

Bild: Aserbaidshansische Streitkräfte

werden. Stropnický, welcher der zentristisch-populistischen ANO-Partei angehört und für diese sein Amt seit 2014 ausübt, will mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben vor allem auch das erklärte Parteiziel von zwei Prozent des BIP für die Armee bis 2024 erfüllen. Um diese NATO-Richtlinie zu erfüllen, werden als erstes für knapp 1,7 Mia. Euro mindestens 210 neue Raupenschützenpanzer beschafft. Bereits im Mai dieses Jahres präsentierten dafür an der International

Defence and Security Technologies Messe IDET in Tschechien mehrere Anbieter verschiedene Schützenpanzer, darunter General Dynamics ihren Ascod, Rheinmetall den Lynx, BAE Systems den CV90 und Krauss-Maffei-Wegmann zusammen mit Rheinmetall den Puma. Der Typenentscheid wurde auf nach den Wahlen angekündigt. Wie letztere ausgehen werden, könnte auch von einem aktuellen Waffenexportskandal abhängen. Tschechische Artillerie (Typ DANA) und Mehrfachraketenwerfer (Typ RM-70) sind kürzlich in Aserbaidschan gesichtet worden. Ein Video von einer dort durchgeführten Volltruppenübung im September liess keine Zweifel offen. Eine unbekannte Anzahl Geschütze tschechischer Bauart befindet sich im Arsenal der Streitkräfte Aserbaidschans. Speziell daran ist, die Tschechische Republik verbietet sämtliche Waffenexporte nach Baku, denn der dort immer noch schwelende Bergkarabach-Konflikt mit Armenien soll gemäss dem Innenministerium in Prag nicht mit militärischen, sondern diplomatischen Mitteln beigelegt werden. Aktuell ist gemäss dem Innenministerium in Prag der tschechische Geheimdienst die Umstände für diese Waffenlieferungen am Untersuchen.

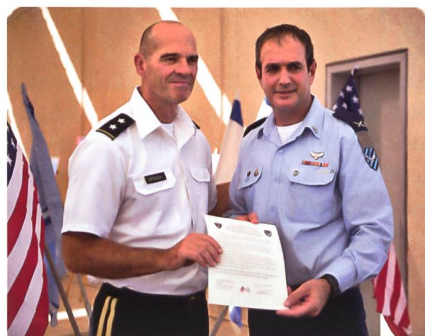
Boden-Luft-Abwehr verstärkt

Der Tzahal (Akronym für die israelischen Verteidigungstreitkräfte) verstärkt seine Luftabwehr. Dazu wurde ein zweites Iron Dome Bataillon geschaffen, welches seit kurzem den Luftraum über Nordisrael schützt. Denn insbesondere der Norden seines Landes, so Brigadegeneral und Kommandant der Luftverteidigung (welche früher in Israel Fliegerabwehr hiess) Zvika Haimovich, sei eines der meistbedrohten Gebiete, dessen Lage sich ständig verändert, die Bedrohungen sich stets vervielfältigten und Terroristen ihre Stellungen inner- sowie ausserhalb der israelischen Grenzen festigten. Konsequenterweise sei unter Berücksichtigung dieser Faktoren ein neues Bataillon gebildet worden. Dieses steht unter der Führung von Oberstleutnant Yoni Grinboim, welcher den Worten des Generals hinzufügte: «Die Realität in unserem Land und der ständig fortschreitende Machtzuwachs unserer Feinde schaffen neue Bedrohungen, die krea-

Israel

tives Denken, schnelle Reaktionsfähigkeit und Flexibilität erfordern. Die Indienststellung des Bataillons ist ein bedeutender operativer Meilenstein für den Schutz unseres Staates. Das neue Bataillon wird eine besondere Mission in der Abteilung Luftverteidigung erfüllen – die Unterstützung der Marine beim Schutz des israelischen Seeraums». Das besondere an dem Truppenkörper, er betreibt die marinevariante des Iron Dome SHORAD Systems, bleibt aber weiterhin unter dem Kommando der israelischen Luftwaffe. Insgesamt verfügt Iron Dome mittlerweile

hat seither mehr als 1000 Mal erfolgreich gegnerische Flugkörper abgefangen. Möglich ist, dass eine neu etablierte US-amerikanische Militärbasis in Israel Iron Dome unterstützt. Zum ersten Mal gibt es nun im Süden des Landes, innerhalb der Mashabim Air Base (dem Hauptquartier der Israeli Air Force) einen permanenten militärischen Stützpunkt der USA in Israel. Das US 10th Army Air & Missile Defense Command ist dort seit September mit einigen Dutzend Soldaten vor Ort. Eine Abmachung dazu sieht vor, dass die Amerikaner nur eigenes Material bedienen und einsetzen dürfen. Es wird aber davon ausgegangen, dass bereits in zwei Jahren von Mashabim aus gemeinsame Manöver und Einsätze zugunsten der israelischen Luftverteidigung gestartet werden. Das erklärte Ziel ist, besser vorbereitet zu sein und gleichzeitig die starke Verbindung zwischen Israel und den USA zu unterstreichen und hervorzuheben, so ein gemeinsames Communiqué des Luftverteidigungs- und stellvertretenden Kommandanten der US Army National Guard in Europe, Generalmajor John Gronski, anlässlich der Eröffnung des Stützpunkts.



Gründungsakte für die erste permanente Präsenz der USA in Israel. Bild: IDF

le über tausende von aktiven Abfangraketen und kann damit eine grosse Anzahl an luftgestützten Bedrohungsformen gleichzeitig bekämpfen. Es wurde 2011 eingeführt und

Russland

Beste elektronische Kriegsführung

Anlässlich der jährlich stattfindenden ARMY Militärmesse ausserhalb von Moskau, konnte sich das russische Verteidigungsministerium – als Hauptsponsor und Organisator der Ausstellung – mit neuem Material eindecken. Allein zu Gunsten der elektronischen Kriegsführung (Electronic Warfare/EW) wurden Systeme für umgerechnet knapp drei Mia.

Schweizer Franken bestellt. Mit dem Resultat, dass die Russischen Streitkräfte in dieser Operationssphäre international die Führung zu übernehmen scheinen. So wurden in den letzten zehn Jahren mehr als ein Dutzend neue Systeme für EW getestet, beschafft und der Truppe übergeben. Allein mit den fahrzeuggestützten und hochmobilen KRASUKHA-4-Störsendern (engl. Jammer) des Herstellers KRET gelingt es, beispielsweise

nebst unbemannten Flugzeugen, Lenkwaffen und AWACS-Flugzeugen auch Satelliten in tiefen Umlaufbahnen zu stören. Die dabei eingesetzte Technik benötigt keine grosse Anzahl flächendeckender und energiefressender Jammer, sondern kann durch das exakte Kopieren der empfangenen Signale ebendiese in verzerrter Form zurücksenden. Das MOSVKA-1-System hingegen erfasst lediglich alle elektromagnetische Strahlung emit-

tierenden Geräte im Umkreis von 400 Kilometern und leitet die prozessierten Signale georeferenziert an die verfügbaren Effektoren weiter (z.B. ein S-400-Boden-Luft-Abwehrgeschütz). Ein anderes, VITEBSK genanntes System wurde in verschiedenen Typen von Kampf- und Transporthelikoptern verbaut und vermag mittels Radar und thermischer, lasergestützter sowie optischer Elektronik insbesondere gegen Flugabwehr im Nahbereich zu wir-



Gekauft! EW-Systeme an der ARMY-2017.

Bild: KRET

ken. Insgesamt wird der russischen EW-Fähigkeit mittlerweile eine Überlegenheit zu den NATO-Fähigkeiten in diesem Bereich attestiert. Denn insbesondere die Konflikte in der Ukraine und in Syrien erlaubten den Russen, ihre Systeme unter Kriegsbedingungen zu testen und weiter zu entwickeln. Erkenntnisse daraus führten dazu, dass der gesamte Bereich der offensiven und defensiven elektronischen Kriegsführung tief in andere Waffengattungen integriert wurde. Besonders Berichte im Nachgang zu der Volltruppenübung ZAPAD 2017 zeigen, dass dort zudem ein neues, RB-109A BYLINA genanntes EW-System seine Truppentauglichkeit bewiesen hat. Mittels künstlicher Intelligenz kann BYLINA ein Gefechtsfeld selbständig analysieren. Es vernetzt die relevanten Effektoren bis auf Kompaniestufe, steuert diese

und weist erkannte Ziele zu. Das System ist gänzlich autonom und lässt sich mit fünf Lastwagen an jeden Ort bewegen. Roger McDermott, vom in Estland basierten International Centre for Defence and Security sieht denn auch den Ausbau der C4ISR (Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance and Reconnaissance) Fähigkeiten gekoppelt mit der Ausrichtung auf eine netzwerkzentrierte Kriegsführung im Mittelpunkt der Transformation und Modernisierung der russischen Streitkräfte. Deshalb sollten sich, so McDermott, in einer Ende September publizierten Studie über Russlands Elektronische Kriegsführung, westliche Streitkräfte mit hoher Priorität den aktuellen russischen EW-Fähigkeiten und der damit einhergehenden Bedrohung widmen.

Myanmar / Burma

Wer sind die Rohingya?

Als Rohingya wird eine Gruppe von sunnitischen Muslimen in Myanmar/Burma bezeichnet. Sie leben hauptsächlich im nördlichen Teil des an Bangladesch grenzenden Rakhine/Rakhine-Staates. In Myanmar lebten bis zu den Auseinandersetzungen im Herbst 2017 etwa eine Million Rohingya; weltweit sind es zwei Millionen.

Gemäss dem burmesischen Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 gelten die Rohingya nicht als eine der 135 einheimischen Bevölkerungsgruppen und haben damit keinen Anspruch auf die myanmarische Staatsbürgerschaft. Aufgrund von Repressionen und Verfolgungen leben mindestens eine Million Rohingya als Flüchtlinge in Bangladesch und weiteren Ländern Asiens.

Burma ist ein Land, das von vielen internen Spannungen geprägt ist. So gab es immer wieder Konflikte zwischen der Landesregierung und den Rohingya. Zwischen 1948 und 2017 führte oder duldete die Regierung zwanzig Kampagnen gegen die Bevölkerungsgruppe. Laut jüngsten Angaben der Regierung von Myanmar sind im Herbst 2017 45 Dörfer und Siedlungen in Rak-

hine (mit muslimischen oder buddhistischen Einwohnern) abgebrannt worden. Damit ist auch erklärt, warum die Diaspora etwa gleich gross ist wie die angestammte Bevölkerung. Es ist aber auch erklärt, dass die Rohingya ebenfalls Kampf- und Abwehrgruppen bilden.

Ursprünglich hatten sich die Rohingya-Kämpfer den arabischen Namen «Harakah al-Yaqin» gegeben, was so viel wie «Bewegung des Glaubens» heisst. Diese Bewegung war 2012 nach grösseren Gewaltausbrüchen zwischen muslimischen und buddhistischen Bevölkerungsgruppen in der Landschaft Rakhine gegründet worden. Sie blieb weitgehend unbekannt, bis sie im Oktober 2016 von sich reden machte, nachdem ihre Kämpfer einige Polizei- und Grenzposten angegriffen und dabei neun Polizisten getötet hatten.

Aktuell firmieren die in Rakhine operierenden Kämpfer unter dem patriotischen Namen «Arakan Rohingya Salvation Army» (ARSA). Arakan ist ein alter Name für die Provinz Rakhine. Auf Deutsch übersetzt heisst die umbenannte Gruppe jetzt also: «Retungsarmee der Rohingya in Rakhine».

Indien

Zweifrontenkrieg?

Der Generalstabschef der indischen Armee, General Bipin Rawat, warnte davor, dass sein Land in einen Zweifrontenkrieg mit China und Pakistan geraten könnte. Peking würde indische Territorien übernehmen und Pakistan einen Stellvertreterkrieg in Indien führen.

Auf einem Seminar der Denkfabrik «Centre for Land Warfare Studies» in Neu-Delhi behauptete Rawat, dass China



Indische Grenztruppe in Kaschmir.

Bild: Reuters

eine «Salamitaktik» anwende, was die Übernahme indischen Territoriums anbelange. Zudem teste China die Zurück-

haltung Indiens. Dies würde sich «graduell zu einem Konflikt» entwickeln. Grund für die Warnungen sind die jüngst erst

wieder eskalierten Spannungen rund um die Grenzziehung im Himalaya-Gebiet, insbesondere nahe dem Doklam-Plateau.

Das Gebiet befindet sich im indisch-bhutanisch-chinesischen Dreiländereck. Auslöser war Chinas Bau einer Strasse in der umstrittenen Region. Die chinesische Volksarmee hatte eine bestehende Verbindung in den vergangenen Wochen in Richtung indischer Grenze verlängert. Die indische Führung schickte daraufhin Trup-

pen in das Gebiet, um den Strassenausbau zu verhindern.

Das chinesische Aussenministerium erklärte später, das Gebiet, in dem die Strasse gebaut wird, sei wieder unter der Kontrolle der chinesischen Truppen. China hatte Indien mehrmals dazu aufgerufen, seine Truppen von chinesischem

Territorium abzuziehen und keine Spannungen zu provozieren. Indien und China hatten sich nach einer zwei Monate anhaltenden Konfrontation in der Grenzregion auf einen «beschleunigten» Truppenabzug geeinigt.

Tatsächlich hat Indien selbst auch keine Ansprüche auf die

abgelegene Bergregion, der Grenzstreit um Doklam ist ein Konflikt zwischen China und Bhutan. Doch Indien agiert als Verbündeter Bhutans. Als Reaktion auf die chinesische Expansion schickte Indien im Juni Soldaten in das Gebiet seines Verbündeten und stoppte den Bau der Strasse – vorerst ohne

Schusswechsel. Seither jedoch stehen einander die beiden Nuklearmächte gegenüber, nur durch wenige hundert Meter getrennt. Alle Verhandlungen scheiterten: Bhutan selbst will zurück zum Status Quo. China beharrt jedoch darauf, es handle sich um chinesisches Territorium.

Nordkorea

Katz-und-Maus-Spiel

Zwischen dem kommunistischen Nordkorea und den USA wird weiter ein Katz-und-Maus-Spiel getrieben. Beide bemängeln die fehlende Gesprächsbereitschaft der jeweils anderen Seite. Und beide mobilisieren Streitkräfte. Südkorea warnt vor einem «Krieg aus Versehen».

Der Nationale Sicherheitsberater Südkoreas, Chung Eui-yong, erwartete, dass Nordkorea um den 10. und den 18. Oktober etwas unternahme. Das «was» liess er aber offen. Dann fand nämlich der Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Nordkoreas statt. Was aber zeitgleich stattfand, war der Kongress der Kommunistischen Partei in



Bild: Nordkoreanisches Propagandaministerium

Jahrestag der Gründung der kommunistischen Partei Nordkoreas.

China. Das sei die ideale Gelegenheit für Kim, Signale zu setzen, sagte Chung. Weiter hat er die Befürchtung geäußert, dass ein militärischer Konflikt durch einen Unfall oder ein Versehen ausgelöst werden könnte.

Das chinesische Verteidigungsministerium erklärte, das Militär treffe alle Vorkehrungen, um die nationale Souve-

ränität sowie Frieden und Stabilität in der Region zu sichern. Der Konflikt sollte durch Gespräche und nicht durch Militäraktionen beigelegt werden, sagte Ministeriumssprecher Wu Qian in Peking. China ist der einzige Verbündete Nordkoreas. Es wird damit gerechnet, dass die Staatsführung erobert wäre, sollte die Führung

in Pjöngjang tatsächlich während des nur alle fünf Jahre stattfindenden Parteitags etwa eine Rakete testen.

Der verbale Schlagabtausch zwischen Amerikas Präsident Donald Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un war in den vergangenen Wochen weiter eskaliert. Zuletzt drohte Nordkorea mit einem Abschuss amerikanischer Langstreckenbomber, da die Vereinigten Staaten dem kommunistischen Land den Krieg erklärt hätten. Von amerikanischer Seite wurde das zurückgewiesen. Nordkorea hat sein Raketen- und Atomprogramm in den vergangenen Monaten stark vorangetrieben und zahlreiche Tests unternommen, die auf scharfe internationale Kritik stiessen.

Argentinien – USA

Argentinien plant wieder Militärmanöver mit USA

In einem Interview mit mehreren argentinischen Medien hat der Geschäftsbeauftragte der US-amerikanischen Botschaft, Thomas Cooney, wieder gemeinsame Militärmanöver mit Argentinien in Aussicht gestellt. Er lobte zudem das freundschaftliche Verhältnis der beiden Länder.

Am 7. September hatte der argentinische Senat auf Gesuch des Verteidigungsministeriums dem von den USA angestrebten Projekt zugestimmt, US-amerikanischen Militärflugzeugen

im Rahmen der kombinierten Militärübung «Cormoran» den Eintritt in das argentinische Hoheitsgebiet zu gestatten.

Die peronistische (linke) Opposition kritisierte die Planung dieser Militärmanöver scharf. Darauf angesprochen, machte Cooney deutlich, dass es sich vorerst nur um kleinere Manöver unter Beteiligung von jeweils maximal 30 US-Militärangehörigen handle. Diese würden im Oktober beginnen und seien zur Optimierung der Fähigkeiten des argentinischen Militärs bei Such- und Rettungsaktionen angelegt. Diese Trainingseinheiten

seien zwischen Partnern «absolut normal».

Cooney kritisierte seinerseits die argentinische Presse, die diese Rückkehr zu «normalen Verhältnissen» und die wissenschaftliche Zusammenarbeit der NASA mit der argentinischen Regierung bei der Erforschung der Antarktis missdeuteten. Auch die Ausbildung von argentinischen Militärs in den USA diene nur friedlichen Zwecken. Zudem brauche die Luftwaffe des südamerikanischen Landes zur Ausbildung ihrer Piloten US-amerikanische Ausrüstung. Hierbei handelt es sich um zwölf unbewaffnete

Flugzeuge und vier Helikopter. Zur Frage der klaren Abgrenzung des Präsidenten Mauricio Macris von seinem US-Konterpart Donald Trump hinsichtlich einer militärischen Intervention in Venezuela, äusserte der Botschaftsmitarbeiter, dass die freundschaftliche Partnerschaft der Länder nicht voraussetze, in allen Dingen gleicher Ansicht zu sein. Der US-Präsident hatte unlängst eine «militärische Option» gegen die sozialistische Regierung von Nicolás Maduro nicht ausgeschlossen.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider